

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2021

Teuerungsrate steigt auf +3,1 Prozent



Von Diane Dammers

Die Verbraucherpreise stiegen 2021 wesentlich stärker als in den Jahren zuvor. Im Jahresdurchschnitt war der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz, der als Indikator für die gesamtwirtschaftliche Preisentwicklung verwendet wird, um 3,1 Prozent höher als 2020. Außergewöhnlich ist auch, dass die Teuerung im Jahresverlauf massiv anzog: Lag die Inflationsrate am Anfang des Jahres mit +1 Prozent noch weit unter der für die Geldpolitik bedeutsamen Zwei-Prozent-Marke, erreichte sie im Dezember mit +5,3 Prozent ihren höchsten Stand im Jahresverlauf und seit Beginn der Zeitreihe 1995. Dieser Beitrag zur Entwicklung der Verbraucherpreise ist ein Auszug aus der Statistischen Analyse „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2021“, die am 30. März veröffentlicht wird und über die wirtschaftliche Lage im zweiten Corona-Jahr 2021 berichtet.

Teuerung erstmals seit 2012 über der Zwei-Prozent-Marke

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz: +3,1 Prozent

Die Verbraucherpreise stiegen 2021 um 3,1 Prozent. Damit lag die jahresdurchschnittliche Inflationsrate erstmals seit 2012 über der Zwei-Prozent-Marke. Zugleich war dies die stärkste Teuerung seit Beginn der Zeitreihe des Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz im Jahr 1995. Die Inflationsrate war mehr als doppelt so hoch wie im langjährigen Durchschnitt – seit Einführung des Euro-Bargeldes am 1. Januar 2002 erhöhten sich die Verbraucherpreise jährlich im Schnitt nur um 1,4 Prozent. Im Jahr 2020 hatte die Teuerungsrate mit +0,6 Prozent noch deutlich unter der Zwei-Prozent-Marke und dem langjährigen Durchschnittswert gelegen.

Die Preisentwicklung in Rheinland-Pfalz und in Deutschland verläuft in der Regel sehr ähnlich. Im Jahr 2021 betrug die Inflationsrate in Deutschland ebenfalls +3,1 Prozent. Eine höhere Rate wurde zuletzt vor fast 30 Jahren gemessen – in der Endphase des Wiedervereinigungsbooms 1993 belief sie sich auf +4,5 Prozent.

Teuerungsrate in Deutschland ebenfalls bei +3,1 Prozent

Im Verlauf des Jahres 2021 zog die Teuerung außergewöhnlich stark an. Am Jahresbeginn waren die Preissteigerungen noch sehr moderat: Im Januar 2021 lagen die Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz nur um ein Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats und im Februar waren sie 1,2 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Im März und im April betrug die Inflationsrate +1,8 Prozent. Im Mai überschritt sie mit +2,5 Prozent bereits deutlich die

Inflationsrate erreicht im Dezember ihren Höchststand

Anstieg im Jahresverlauf

Zwei-Prozent-Marke. Nach +2,3 Prozent im Juni schnellte die Teuerungsrate im Juli auf +3,7 Prozent hoch. Im August erreichte sie die Vier-Prozent-Marke, und im November wurde die

Fünf-Prozent-Marke überschritten. Die stärkste Teuerung wurde im Dezember gemessen, als der Verbraucherpreisindex um 5,3 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats lag.

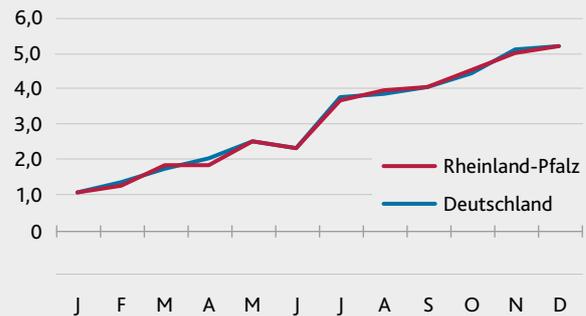
Stärkste Teuerung im Dezember

G1 Verbraucherpreise 2021

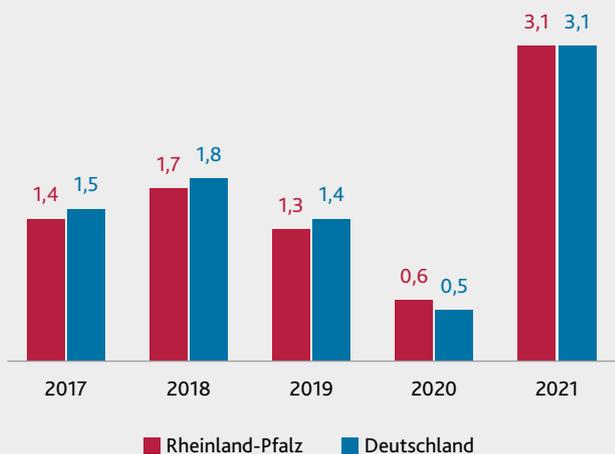


Verbraucherpreise:	+3,1%
Nahrungsmittel:	+2,9%
Energie:	+11,1%
Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie:	+2,3%

Veränderung zum Vorjahresmonat in %



Veränderung zum Vorjahr in %



Ausgewählte Preisentwicklungen 2020:



Molkereiprodukte und Eier: +4,3%



Speisefette und -öle: +4,1%

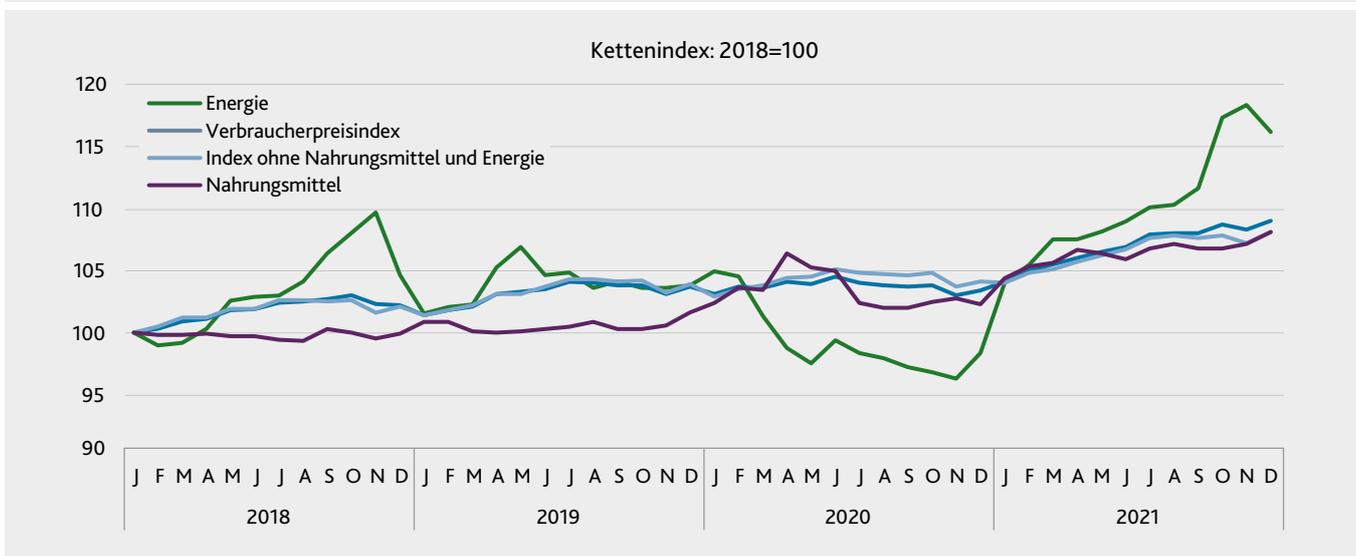


Kraftfahrer-Preisindex: +8,7%

Mehrwertsteuersenkung 2020 hat auch 2021 Auswirkungen auf die Teuerungsrate

Im Rahmen des vom Bundeskabinett am 12. Juni 2020 beschlossenen Konjunkturpakets wurde vom 1. Juli bis 31. Dezember 2020 der reguläre Mehrwertsteuersatz von 19 auf 16 Prozent sowie der ermäßigte Steuersatz von sieben auf fünf Prozent gesenkt. Die Auswirkungen der vorübergehenden Mehrwertsteuersenkung auf die Verbraucherpreise lassen sich nicht genau abschätzen, da die Unternehmen nicht verpflichtet waren, die Steuersenkung an die Kundinnen und Kunden weiterzugeben und die Preisentwicklung gleichzeitig auch von vielen anderen Faktoren beeinflusst wurde. Es ist jedoch davon auszugehen, dass das Preisniveau in vielen Abteilungen des Verbraucherpreisindex im zweiten Halbjahr 2020 niedriger war als dies ohne Mehrwertsteuersenkung der Fall gewesen wäre. Im Jahr 2021 kommt es dadurch im zweiten Halbjahr zu einem statistischen Basiseffekt, da 2021 wieder die regulären Mehrwertsteuersätze galten. Von Juli bis Dezember 2021 wurden die aktuellen Preise einschließlich der regulären Mehrwertsteuer mit den durch die Steuersenkung tendenziell niedrigeren Preisen des Vorjahres verglichen. Die so berechneten Preissteigerungen gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat dürften daher in den Monaten Juli bis Dezember 2021 höher gewesen sein, als sie es ohne die Steuersenkung im Vorjahr gewesen wären.

G2 Verbraucherpreise 2018–2021 nach Monaten



Mehrwertsteuersenkung 2020 führt im Jahr 2021 zu statistischem Basiseffekt

Der Anstieg der Inflation hat verschiedene Ursachen. Die sprunghafte Erhöhung der Teuerungsrate in der Jahresmitte hängt mit einem statistischen Basiseffekt aufgrund der temporären Absenkung der Mehrwertsteuersätze in der zweiten Jahreshälfte 2020 zusammen. Dieser Basiseffekt verstärkte in den Monaten Juli bis Dezember 2021 die Teuerung. Genau beziffern lässt sich dieser Effekt jedoch nicht, da zugleich zahlreiche andere Faktoren die Preisentwicklung beeinflussten.

Energiepreise steigen um elf Prozent

Die Entwicklung der Energiepreise hatte ebenfalls spürbare Auswirkungen auf den Verbraucherpreisindex. Energie war 2021 im Jahresdurchschnitt elf Prozent teurer als im Vorjahr. Auch hier ist ein statistischer Basiseffekt für einen Teil der Preissteigerungen verantwortlich: Mit der Ausbreitung des Coronavirus sank im Frühjahr 2020 weltweit die Nachfrage nach Energie, was insbesondere bei Mineralölprodukten einen starken Preisverfall zur Folge hatte. Entsprechend gingen auch die Energiepreise zurück und erreichten in Rheinland-Pfalz im November 2020 ihren tiefsten Stand im Jahresverlauf.

Die starken Preiserhöhungen, die 2021 im Vergleich zum Vorjahr zu beobachten waren, sind also zum Teil durch die außergewöhnlich niedrigen Energiepreise 2020 zu erklären. Allerdings stiegen die Preise im Verlauf des Jahres 2021 weit über das Niveau der vergangenen Jahre hinaus. Ein wesentlicher Grund dafür dürfte die erhöhte Energienachfrage sein. Auf den pandemiebedingten Einbruch der globalen Industrieproduktion 2020 folgte 2021 eine rasche Erholung, die den Energiebedarf weltweit steigen ließ. Darüber hinaus wirkten weitere Faktoren preistreibend. So trug die ab Januar 2021 in Deutschland neu eingeführte CO₂-Abgabe, die den Verbrauch von Brennstoffen aus fossilen Quellen wie Benzin, Diesel, Heizöl und Erdgas verteuert, zum Anstieg der Energiepreise bei. Zudem könnte das weltpolitische Klima, z. B. durch die Unsicherheit über die weitere Entwicklung des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine, die Entwicklung der Energiepreise beeinflusst haben.

Preisanstieg von verschiedenen Faktoren beeinflusst

Für Nahrungsmittel mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher 2021 ebenfalls



Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Preiserhebung

Die Corona-Pandemie stellte die Verbraucherpreisstatistik vor neue Herausforderungen. Üblicherweise werden viele Einzelpreise, die in den Verbraucherpreisindex einfließen, vor Ort in den Geschäften erhoben. Vor allem in Phasen mit erhöhtem Infektionsgeschehen war das Erhebungsgeschäft z. B. durch eingeschränkten Zugang zu Ladenlokalen, Angebotseinschränkungen oder Geschäftsschließungen beeinträchtigt. Dies galt im besonderen Maße für den Anfang der Pandemie, aber auch 2021 gab es zeitweise Einschränkungen, die einzelne Teilbereiche des Verbraucherpreisindex betrafen. Zwar gelang es zum Teil, die Lücken in den Preisreihen durch den Umstieg auf alternative Erhebungsmethoden (z. B. Internetrecherchen, Web Scraping, Auswertung von Scannerdaten) zu schließen, vielfach musste die Preisentwicklung jedoch mittels unterschiedlicher Imputationsverfahren geschätzt werden.¹

¹ Für detailliertere Informationen siehe Mai, C.-M./Kretzschmar, M.: Inflationsmessung in Zeiten der Corona-Pandemie. In: Wirtschaft und Statistik 4/2020, S. 107-121.

Nahrungsmittelpreise steigen um 2,9 Prozent

deutlich mehr bezahlen als im Jahr zuvor (+2,9 Prozent). Diese Preissteigerungen sind aber nur zum Teil auf den Wegfall der temporären Mehrwertsteuersenkung zurückzuführen. Bereits seit Ende 2019 ist ein Trend zu steigenden Nahrungsmittelpreisen erkennbar, der sich 2021 weiter fortsetzte. In den letzten Monaten könnte dies u. a. mit der Preisentwicklung bei landwirtschaftlichen Produkten zusammenhängen. Der Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte für Deutschland lag im Dezem-

ber 2021 um 22 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats; das war der höchste Anstieg seit Juli 2011.

Die Preise für Nahrungsmittel und Energie schwanken stark. Um längerfristige Trends bei der Preisentwicklung zu erkennen, wird daher die Veränderung des „Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie“ betrachtet, die auch als Kerninflation bezeichnet wird. Im Jahresdurchschnitt lag die Kerninflationsrate 2021 bei +2,3 Prozent (Deutschland: ebenfalls +2,3 Prozent). Sie war damit deutlich höher als im Vorjahr; 2020 stieg der Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie um 0,9 Prozent. Aber auch im längerfristigen Vergleich erreichte die Kerninflation ein außergewöhnlich hohes Niveau. Dies zeigt, dass sich die Preissteigerungen nicht auf einzelne, schwankungsanfällige Teilbereiche des Verbraucherpreisindex beschränken, sondern sich auf ein breites Gütersortiment erstrecken. Allerdings ist auch der Anstieg der Kerninflation teilweise auf die Rücknahme der temporären Mehrwertsteuersenkung zurückzuführen.

Kerninflationsrate im Jahresdurchschnitt bei +2,3 Prozent

Andere Faktoren dürften ebenfalls zur Beschleunigung der Inflation beigetragen haben. Ein Grund für Preiserhöhungen könnte die Weitergabe von Kostensteigerungen durch die Unternehmen an die Verbraucherinnen und Verbraucher sein. Die Preise auf vorgelegerten Produktionsstufen zogen aufgrund von Lieferengpässen sowie höheren Energie- und Rohstoffpreisen in den vergangenen Monaten stark an, was für die Unternehmen den Einkauf von Vorprodukten spürbar verteuerte. Im Jahresdurchschnitt lagen die Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte in Deutschland 2021 um knapp elf Prozent über dem Vorjahresniveau; das war der stärkste Anstieg seit 1974. Außerdem bestehen bei

Starke Preissteigerungen bei Vorprodukten

G3 Verbraucherpreise 2021 nach Waren- und Dienstleistungsgruppen



zahlreichen Dienstleistungen weiterhin pandemiebedingte Hygieneauflagen, die bei den Anbietern die Kosten in die Höhe treiben.

Preise in der Abteilung „Verkehr“ steigen massiv

Waren und Dienstleistungen rund um die Mobilität: +8,4 Prozent

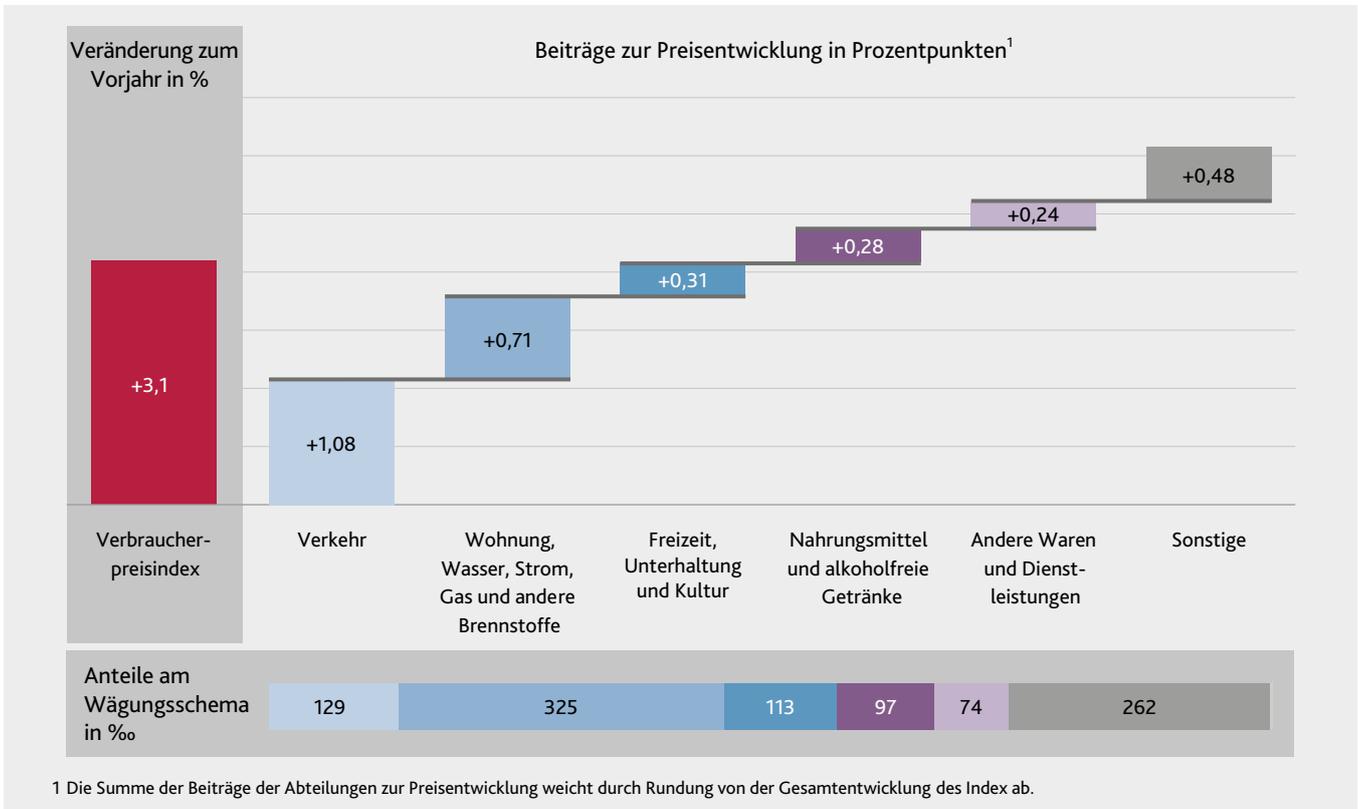
In elf der zwölf Abteilungen des Verbraucherpreisindex stieg 2021 das Preisniveau. Besonders massive Preiserhöhungen gab es in der Abteilung „Verkehr“. Waren und Dienstleistungen rund um die Mobilität waren 8,4 Prozent teurer als 2020. Wie sich die Preisentwicklung in einer Abteilung auf den Gesamtindex auswirkt, hängt neben der prozentualen Preisveränderung auch davon ab, welchen Anteil die Güter aus dieser Abteilung am gesamten Warenkorb haben, der dem Verbraucherpreisindex zugrunde liegt. Die Preisentwicklung in der Abteilung „Verkehr“ trug allein 1,08 Prozentpunkte, also etwa ein Drittel, zur jahresdurchschnittlichen Teuerungsrate von +3,1 Prozent bei. Dabei schlug insbesondere der Anstieg der Kraftstoffpreise zu Buche, die 23 Prozent

höher waren als 2020. Verbraucherinnen und Verbraucher, die ein neues Auto benötigten, mussten beim Kauf ebenfalls tiefer in die Tasche greifen. Die Preise für Pkw legten um 4,4 Prozent zu. Der Kraftfahrer-Preisindex, der die Preisentwicklung bei Kraftfahrzeugen sowie bei den für ihren Betrieb notwendigen Waren und Dienstleistungen zusammenfasst, erhöhte sich um 8,7 Prozent. Etwas günstiger wurde hingegen die Personenbeförderung im Schienenverkehr (-1,3 Prozent), da die Preise für Bahnfahrten im Fernverkehr sanken.

Die Preise für „Andere Waren und Dienstleistungen“ stiegen 2021 mit +3,2 Prozent ebenfalls überdurchschnittlich. Zur Gesamteuerung trug dieser Bereich 0,24 Prozentpunkte bei. Die Abteilung „Andere Waren und Dienstleistungen“ ist sehr heterogen; sie umfasst u. a. Waren und Dienstleistungen für die Körperpflege, Dienstleistungen sozialer Einrichtungen sowie Finanz- und Versicherungsdienstleistungen. Die Preise für Dienstleistungen sozialer Einrichtungen zogen deutlich an (+5,1 Prozent); die stärks-

Andere Waren und Dienstleistungen: +3,2 Prozent

G4 Beiträge ausgewählter Abteilungen des Verbraucherpreisindex zur Preisentwicklung 2021



ten Preissteigerungen gab es bei der stationären und ambulanten Pflege gesetzlich Versicherter. Aber auch „Friseurleistungen und andere Dienstleistungen für Körperpflege“ wurden spürbar teurer (+3,2 Prozent). Ebenfalls um 3,2 Prozent stiegen die Preise für „Versicherungsdienstleistungen für die Gesundheit“, was auf die kräftigen Beitragserhöhungen der privaten Krankenversicherungen zurückzuführen ist.

Verbraucherinnen und Verbraucher deutlich mehr bezahlen als im Jahr zuvor (+4,1 Prozent). Aufgrund der größeren Verbrauchsbedeutung schlugen jedoch die Preiserhöhungen bei Brot und Getreideerzeugnissen (+3,1 Prozent) sowie bei Fleisch und Fleischwaren (+2,8 Prozent) stärker aufs Budget durch. Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke trugen insgesamt 0,28 Prozentpunkte zur Gesamtteuerung bei.

Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke: +2,9 Prozent

An dritter Stelle folgten Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke mit einem Preisanstieg um 2,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Besonders stark verteuerten sich Molkereiprodukte und Eier (+4,3 Prozent). Dazu trugen u. a. kräftige Preiserhöhungen bei Eiern (+7,4 Prozent) und Quark (+6,8 Prozent) bei. Auch für Speisefette und -öle mussten die

Etwas höher als bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken ist der Inflationsbeitrag der Abteilung „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (0,31 Prozentpunkte), was auf die größere Verbrauchsbedeutung dieser Güter zurückzuführen ist. Die Preise in der Abteilung „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ erhöhten sich 2021 um 2,7 Prozent. Die stärksten Preissteigerungen gab es bei Glücksspielen (+9,5 Prozent).

Freizeit, Unterhaltung und Kultur: +2,7 Prozent

Güter für Sport, Camping und Erholung verteuerten sich ebenfalls merklich (+5,1 Prozent). Vor allem die Preise für Fitnessgeräte und Sportausrüstungen wie Inline-Skates zogen an, was mit einer erhöhten Nachfrage infolge des geänderten Freizeitverhaltens in der Coronapandemie zusammenhängen könnte.

Waren und Dienstleistungen rund ums Wohnen: +2,2 Prozent

Trotz vergleichsweise moderater Preissteigerungen (+2,2 Prozent) leistete die Abteilung „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“ nach der Abteilung „Verkehr“ den zweitgrößten Beitrag zur Gesamtteuerung (0,71 Prozentpunkte). Der Grund dafür ist die herausragende Verbrauchsbedeutung der Waren und Dienstleistungen rund ums Wohnen, die einen Anteil von fast einem Drittel am Warenkorb des Verbraucherpreisindex haben. Überdurchschnittlich verteuerte sich Haushaltsenergie (+5,3 Prozent), wozu insbesondere der Anstieg der Heizölpreise (einschließlich Umlage) um 20 Prozent beitrug. Diese Steigerung ist allerdings einem statistischen Basiseffekt geschuldet, weil die Preise für Heizöl 2020 auf einem außergewöhnlich niedrigen Niveau lagen. Trotz des massiven Anstiegs waren die Heizölpreise 2021 im Jahresdurchschnitt geringer als 2019. Gas (einschließlich Umlage) verteuerte sich 2021 ebenfalls spürbar

(+5,1 Prozent). Damit erreichten die Gaspreise den höchsten Stand seit 2008. Für Strom mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher 1,7 Prozent mehr bezahlen als 2020. Der Preis für Fernwärme blieb nahezu unverändert (+0,1 Prozent), während feste Brennstoffe geringfügig billiger angeboten wurden (−0,4 Prozent). Die Nettokaltmieten, die allein ein Fünftel des Warenkorbs ausmachen, stiegen relativ moderat um 0,9 Prozent.

Die Abteilung „Post und Telekommunikation“ ist der einzige Bereich des Verbraucherpreisindex, in dem das Preisniveau 2021 unverändert blieb. In den Vorjahren waren die Preise in dieser Abteilung allerdings kontinuierlich gesunken. Während sich Telekommunikationsdienstleistungen 2021 minimal verteuerten (+0,1 Prozent), setzten sich die Preisrückgänge bei Telefonen und anderen Geräten der Telekommunikation abgeschwächt fort (−2,4 Prozent). Brief- und Paketdienstleistungen wurden ebenfalls günstiger angeboten als im Vorjahr (−0,4 Prozent).

Preise für Post und Telekommunikation bleiben unverändert

Diane Dammers, Diplom-Volkswirtin, Diplom-Kauffrau, leitet das Referat „Analysen Wirtschaft“.

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2021

Diese und weitere interessante Informationen zum rheinland-pfälzischen Wirtschaftsjahr 2021 finden Sie in der Statistischen Analyse „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2021“, die am 30. März 2022 erscheint. Hier werden in ausführlichen textlichen Analysen die ökonomischen Entwicklungen des abgelaufenen Jahres und ihre möglichen Ursachen dargestellt. Umfangreiche Tabellen und Grafiken ergänzen den Vergleich zum vorangegangenen Wirtschaftsjahr und stellen zusätzlich auch längerfristige Entwicklungen dar.

Titelfoto: © Mongkolchon – stock.adobe.com

